

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

27.2.1928 (No. 49)

Expedition: Karlsruhe, Friedrichstraße Nr. 14. Fernsprecher: Nr. 955 und 954. Postkontokonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur E. K. C. 110, Karlsruhe.

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einchl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Zentimeter Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreiter Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Friedrichstraße 14, zu senden und werden in Beratung mit dem Ministerium des Innern besprochen. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Vertretung, und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche auf Ersatz. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksaften und Manuskripte werden nicht zurückgegeben, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Amtlicher Teil

Die Arbeitsmarktlage in Südwestdeutschland (Bericht des Landesarbeitsamtes in Stuttgart.)

Gemessen am Umfang der Erwerbslosigkeit hat sich die Arbeitsmarktlage in der Zeit vom 16. bis 22. Februar 1928 im Endergebnis ganz unwesentlich verändert: in Baden noch eine geringfügige Zunahme der Unterstützungsempfängerziffer (aus Arbeitslosenunterstützung und Krisenunterstützung zusammen) von 43 229 auf 43 561, in Württemberg einschließlich Hohenzollern bereits eine schwache Besserung von insgesamt 23 054 auf 22 616. In seiner inneren Gestalt wandelte sich der Arbeitsmarkt allerdings in diesen Tagen infolgedessen mehrmals, als sich der Lohnkampf in der Metallindustrie in dieser wie in verwandten Gruppen ganz beträchtlich miswirkte, während andererseits der Umschwung zur besseren Witterung zu einer mäßigen Belebung der Nachfrage nach Arbeitskräften im Baugewerbe und in den verwandten Gruppen und damit wieder zu einem Ausgleich auf dem Gesamtarbeitsmarkt führte.

Im einzelnen charakterisierte sich die Lage folgendermaßen:

In der Metallverarbeitung und Maschinenindustrie zunächst erhebliche Hemmung der Vermittlungstätigkeit infolge der angekündigten Sperrung. Ein wesentlicher Teil der in Aussicht genommenen Aufträge wurde rasch zurückgezogen. So stockte das Vermittlungsgeschäft, um sich allerdings am Ende der Berichtszeit mit Beseitigung der Aussperrungsmaßnahme wieder zu beleben. Neben Zugang von Arbeitskräften aus der Automobil- und auch noch in etwa aus der Nähmaschinenindustrie war vermehrter Personalbedarf für die Gasherdfabrikation zu beobachten. Die Uhrenindustrie blieb durchweg flott beschäftigt, die Edelmetallindustrie durchschnittlich ebenfalls.

Aufnahmefähig erwiesen sich sodann insbesondere die Kartonnagenindustrie und das Spinnstoffgewerbe (hier vornehmlich Baumwolle und Wolle, Strickeret und Samtfabrikation).

Betriebseinschränkungen waren örtlich in der Wäschefabrikation sodann auch im Holz- und Schnitstoffgewerbe zu beobachten, in der letzteren Berufsgruppe allerdings bei gleichzeitiger, zum Teil wesentlicher örtlicher Besserung (Freiburg).

Die Belebung im Baugewerbe kam vor allem den Verufen des Innenbaues zugute.

Im Hotel- und Gastwirtsgeerbe stieg nach Beendigung der Fastnachtszeit das Angebot an Arbeitskräften erheblich.

Herriot über die französische Politik

W.D. Paris, 27. Febr. (Tel.) Bei einem Bankett einer radikalen Bezirksvereinigung in Lyon hielt Unterrichtsminister Herriot eine Rede, in der er u. a. ausführte: Wenn man auf die Landkarte der Welt sieht, muß man feststellen, daß in allen Ländern die demokratischen Parteien Misserfolge gehabt haben. Kaum in anderen Staaten als in England und Frankreich bedient man sich ohne Furcht vor der Zukunft des parlamentarischen Regimes. Man muß den Wählern klar zeigen, was in dem demokratischen Frankreich in den letzten vier Jahren geleistet worden ist. Frankreich ist in dieser Zeit außenpolitisch und finanziell von Grund auf wiederhergestellt worden. Man denke doch daran, daß wir im Jahre 1924 zwar einen unterzeichneten Frieden hatten, aber nicht einen Frieden, dem alle zustimmten. Wir rechnen es uns zur Ehre an, daß wir Deutschland veranlaßt haben, ohne Zwang die Verpflichtungen zu unterzeichnen, die es weiter fortsetzt einhält. Andere haben gesagt, Deutschland wird zahlen. Wir sagen, Deutschland hat bereits 10 Milliarden bezahlt, und es zahlt weiter regelmäßig. Auch die Sache des Friedens hat in den letzten vier Jahren Fortschritte gemacht, die sogar unsere Gegner nicht leugnen können.

Weitere Verhaftungen in Polen

W.D. Warschau, 27. Febr. (Tel.) In Dubno (Wolhynien) wurde der bekannte Obmann des ukrainischen parlamentarischen Klubs, Sergiusz Chrusch, der sich gegenwärtig um ein Mandat auf der Winderbeitzliste bewirbt, verhaftet, angeblich, weil er behördlichen Maßnahmen Widerstand entgegengekehrt hat. Gleichzeitig wurden im Kreise Dubno noch eine Reihe weiterer ukrainischer Politiker und Agitatoren verhaftet.

Das amerikanische Einwanderungsgesetz

W.D. New York, 28. Febr. (Tel.) Vertreter von etwa 100 fremdsprachigen Zeitungen gründeten hier einen Verband zur Liberalisierung und Humanisierung des Einwanderungsgesetzes. Die Redner führten auf der Gründungsversammlung aus, eine liberale Einwanderungspolitik würde eine stärkere Verwendung amerikanischen Kapitals in den Vereinigten Staaten herbeiführen, und zugleich durch die Dedung der Bedürfnisse der Einwanderer der Arbeitslosigkeit entgegenwirken.

Letzte Nachrichten

Heute Regierungserklärung im Reichstag

W.D. Berlin, 27. Febr. (Privatinformation.) Wie wir erfahren, trat das Reichskabinett heute vormittag um 11 Uhr zusammen, um den endgültigen Text der Regierungserklärung festzulegen, die ein Reaktionsauschuss des Kabinetts gestern aufgestellt hatte und die heute nachmittag um 3 Uhr durch den Stellvertreter des Reichskanzlers, Erz. Herzog, im Reichstag vorgelesen werden wird. In politischen Kreisen verlautet, daß die Regierungserklärung in ihrem ersten, mehr allgemeinen Teil einen kurzen historischen Überblick über die letzte parlamentarische Entwicklung geben, daß sie in ihrem Hauptstück die Gesetze und Maßnahmen des Arbeitsprogrammes umfassen und dann schließlich mit einem Appell an die Parteien enden wird, alles auszuführen, um die parlamentarische Erledigung des Arbeitsprogramms sobald wie möglich durchzuführen.

M. Berlin, 27. Febr. (Priv.-Tel.) Die heutige Regierungserklärung wird vom Reichstag schon von vornherein vielfach mit Skepsis aufgenommen, da man glaubt, daß sie in sich schon eine Reihe von Unstimmigkeiten zeigen werde. Man will nämlich, wie es heißt, einen Teil der gesetzgeberischen Maßnahmen der Initiative der Parteien überlassen, da man sich über die Formulierung nicht verständigen konnte. Unter diesen Umständen erscheint der Ausgang mehr als zweifelhaft, namentlich da sowohl die Sozialdemokraten wie die Demokraten bei verschiedenen zur Vorlage kommenden Gesetzen scharfe Kritik üben werden und verschiedene Änderungen verlangen. Auch kommt hinzu, daß die allgemeine Staatsberatung zu ziemlich lebhaften Zusammenstößen führen muß, da an der Amtsführung einzelner Ministerien — das geht auch aus der Berliner Presse hervor — scharfe Kritik geübt werden wird. Man fürchtet besonders, daß die Sozialdemokraten noch weniger als bisher geneigt sein werden, das Arbeitsprogramm zu erledigen, nachdem die geistigen Gemeinbewahnen in Braunschweig ihnen einen ungewöhnlich großen Erfolg verschafft haben und sie die Wahlausichten deshalb als recht günstig bezeichnen.

Empfänge bei Stresemann in Mentone

M. Berlin, 27. Febr. (Priv.-Tel.) Dr. Stresemann empfängt in den nächsten Tagen in Mentone mehrere deutsche Diplomaten. So kommt Freiherr von Neurath aus Rom, Staatssekretär von Schubert, der heute vom Reichspräsidenten empfangen worden ist, aus Berlin und der deutsche Botschafter in Paris, von Hoersch. Es ist aber zu betonen, daß alle diese Besuche keinen akuten politischen Charakter haben. Die Anwesenheit des Freiherrn von Neurath erklärt sich einfach daraus, daß er Botschafter in dem Lande ist, in dem Stresemann zur Zeit weilt. Herr von Schubert soll Besprechungen über die bevorstehende Wälerbundstagung in Genf mit Stresemann als zuständigem Außenminister pflegen, und Herr von Hoersch befindet sich auf der Durchreise von Wien nach Paris, wobei er lebhaft einen Abstecher nach Mentone unternimmt.

Eine republikfeindliche Kundgebung

M. Berlin, 27. Febr. (Priv.-Tel.) Wie verschiedene Blätter berichten, hat der frühere Landrat von Herzberg auf einem Kommerz der Korps in Berlin eine außerordentlich republikfeindliche Rede gehalten. Da zahlreiche hohe Beamte anwesend waren, wird die Angelegenheit vermutlich nicht ruhig vorübergehen. Es wird zwar betont, daß die Herren lediglich in ihrer Eigenschaft als ehemalige Korpsstudenten anwesend waren, doch hat Staatssekretär v. Schubert in einem Brief an die Festleitung um Aufklärung über die Rede und andere Vorkommnisse ersucht.

Amerika und die europäische chemische Industrie

M. Berlin, 27. Febr. (Priv.-Tel.) Trotz aller Dementis scheint man in den Vereinigten Staaten sich sehr lebhaft mit der chemischen Produktion Europas zu beschäftigen. In der nächsten Zeit finden — wie aus New York gemeldet wird, — Besprechungen statt, die sich mit dem deutsch-französischen chemischen Industrieabkommen und ähnlichen Fragen befassen sollen. Das Referat darüber — und das zeigt schon die Bedeutung, die man der Sache beimißt — wird Staatssekretär Hoover persönlich halten.

Amerikanische Ansprüche an Deutschland

W.D. Washington, 27. Febr. (Tel.) Das Kriegsamt gab bekannt, daß Deutschland den Vereinigten Staaten einen Betrag in Höhe von 217 Millionen für die Kosten der Besatzung schulde. Der ursprüngliche Betrag habe sich durch Gutsverteilungen um 75 Millionen Dollar vermindert.

Der Besuch des Afghanen-königs

König Amanullah von Afghanistan zählt zu jenen asiatischen Monarchen, die ihres Lebens höchsten Zweck nicht im Faulenzen und Genießen, sondern in wirklicher Regentenarbeit erblicken. In Europa ist man vielfach der Ansicht, ein asiatischer Fürst müsse notwendigermaßen ein verweichlichter Despot sein. Diese Auffassung ist falsch. Der Historiker weiß, daß es im Lauf der Jahrhunderte in Europa mindestens ebenso viele Nichtstuer und Völllinge unter den Monarchen gegeben hat wie in Asien. Der prinzipielle Unterschied, der zwischen den fleißigen Regenten Europas und Asiens festzustellen ist, besteht höchstens darin, daß die einen sich mehr den alkoholischen Genüssen, die anderen mehr den Genüssen der Liebe hingaben: in Europa gehört es unter den Reichen zum guten Ton, einen großen Weinkeller zu haben; in Asien gehört es zum guten Ton, einen Harem zu besitzen.

König Amanullah von Afghanistan ist ein fleißiger Monarch und zudem ein ebenso energischer wie geschickter Diplomat. Er hat die volle Unabhängigkeit für sein Land errungen und sich mit Recht den Königstitel anstelle des Emir-(Fürsten)titels angeeignet. Seine Vorbilder mögen die großen Regenten Asiens, ein Taitung, ein Kublai-Khan, ein Akbar, sein. Aber er hat auch genügend von Europa und dessen Verwaltungsmethoden gelernt, um sein afghanisches Land in einem Sinne zu regieren, der wirklich modern anmutet.

Es ist bekannt, daß der König von jeher eine Sympathie für Deutschland gehabt hat. Das hat ihn nicht abgehalten, mit den anderen Großmächten der Welt in Frieden und Freundschaft zu leben. Und so gilt denn auch sein europäischer Besuch den Hauptstädten aller Großmächte Europas: Er besuchte Rom, Paris, Berlin, London und Moskau. Uns interessiert naturgemäß vor allem sein Besuch in Berlin.

Er beweist uns und der ganzen Welt, daß Deutschland im Rate der Völker wieder den Ehrenplatz einnimmt, der ihm zukommt. Gewiß ist unsere Bewegungsfreiheit auf diesem Blatte durch den Friedensvertrag noch immer recht eingeschränkt. Aber das moralische Ansehen Deutschlands ist heute doch wieder so, daß es keinem vernünftigen Politiker einfallen wird, uns den Rang einer Großmacht abzuspochen. In der Offenbarung der Tatsache, daß heute Deutschland sein altes, moralisches Prestige zurückerobert hat, ist die Bedeutung des Besuchs des Afghanenkönigs zu erblicken. Und wir dürfen deshalb hoffen, daß der Besuch auch außenpolitisch von guten Folgen für uns begleitet sein wird.

Diese Folgen werden gewiß nicht darin bestehen, daß wir nun etwa ein Schutz- und Trutzbündnis mit Afghanistan abschließen — unsere Politik ist ganz auf Friedlichkeit abgestellt, und zudem liegt Afghanistan zu weit von Deutschlands Grenzen entfernt, um militärisch eine wichtigere Rolle für uns spielen zu können — nein, die erfreulichen Folgen des Besuchs bestehen darin, daß gerade die deutschfeindlichen Kreise bei unseren Gegnern aus dem Weltkrieg durch ein weithin sichtbares Faktum davon überzeugt werden, daß Deutschland heute nicht mehr als eine Macht zweiten Grades behandelt werden kann, und kluge und erfolgreiche Staatsmänner des Auslands ihm dieselbe Achtung bezeigen wie den anderen Großmächten der Welt.

Wenn es eine europäische Großmacht gibt, die der König von Afghanistan ohne große politische Bedenken schließlich hätte ignorieren dürfen, so war es Deutschland. Mit Russland und mit England hat Afghanistan unmittelbare Berührung. Der König muß also bei einer Staatsreise durch Europa seine Visitenkarte in London und Moskau abgeben. Aber auch Frankreich und Italien sind Kolonialmächte, deren Einflusssphäre bis nahe an die Grenzen Afghanistans reicht. Der König konnte sie ebenfalls nicht gut schneiden. Dagegen hat Afghanistan mit Deutschland nur sehr wenig zu tun, und irgendwelche besonderen Rücksichten brauchte es auf Deutschland nicht zu nehmen. Der Besuch des Königs war also eine ganz spontane Handlung. Umso höher ist ihre Bedeutung zu bewerten. Aus ihr spricht die Erkenntnis, daß Deutschland, trotzdem es keine Weltmacht im kolonialpolitischen Sinne dieses Wortes ist, dank seiner gewaltigen militärischen Leistungen im Weltkrieg, dank seiner kulturellen und wirtschaftlichen Leistungen nach dem Weltkriege nicht übersehen werden kann. Und dessen wollen wir uns von Herzen freuen!

Keine Übereinstimmung im Sicherheitskomitee

An der weiteren Erörterung des Sicherheitskomitees in Genf sprach sich Staatssekretär a. D. v. Simson gegen den Abschluß von Nichtangriffspakten aus, da sie von geringem Nutzen seien, wenn sie nicht gleichzeitig die Verpflichtung zur friedlichen Regelung aller Streitigkeiten enthielten. Der polnische Delegierte sprach sich ebenfalls gegen den Abschluß von reinen Nichtangriffspakten aus, verlangte jedoch, daß die Regionalverträge außer der Verpflichtung zur friedlichen Regelung aller Streitfälle auch noch die nach polnischer Auffassung sehr wichtige weitere Verpflichtung zur gegenseitigen Unterstützung enthalten. Der jugoslawische Vertreter und **Paul Boncour** vertraten im wesentlichen die gleiche Auffassung. Bei der Erörterung, ob das Sicherheitskomitee eine Verpflichtung zum Abschluß von Regionalverträgen aussprechen soll oder nicht, sprach sich der deutsche Delegierte abermals sehr entschieden gegen jede Ausübung irgend eines Druckes aus, während hauptsächlich der polnische Vertreter die Formulierung einer Verpflichtung verlangte. Der Vorsitzende erklärte am Schluß der Samstag-Sitzung, daß die Meinungsverschiedenheiten weiterbestehen und im Redaktionskomitee weiterbehandelt werden sollen.

W.F. Paris, 27. Febr. (Tel.) Der französische Delegierte beim Völkerbund, **Raul Boncour**, erklärte dem Außenpolitiker des „Matin“, aus dem Verlauf der ersten Woche ergebe sich bestimmt, daß regionale Schiedsgericht und Garantieverträge den einzigen praktischen Weg zur Verhinderung der Sicherheit bilden. Die Schiedsgerichtsbarkeit werde Konflikte friedlich regeln und die Garantie eines gegenseitigen Bestandes unter den Vertragsstaaten einen Zwang auf denjenigen Staat ausüben, der sich einem Schiedsgericht nicht unterwerfen wolle. Der Völkerbund erzeuge eine gegen den Angreifer gerichtete öffentliche Meinung, also ein zu fürchtendes Druckmittel. Um aber zum Abrüstungsakt, dem höchsten Ziele des Völkerbundes zu gelangen, müsse man Besseres bieten, als die Völkerbundszugung gegenwärtig als Bürgschaft bieten könne, soweit die Zahlung nicht in den von ihm, **Raul Boncour**, vertretenen Sinne ausgelegt werde. Nachdem sich ein allgemeines Protokoll als für nötig herausgestellt habe, habe er regionale Verträge als eine Art Protokoll mit demokratischen Begrenzungen verlangt. Schließlich erklärte **Raul Boncour**: „Wir können doch nicht bei den Zweideutigkeiten eines Locarno, das nur als ein Anfang und Muster angenommen wurde, stehen bleiben. Man wird es aufgeben müssen.“

Um Südtirol

Zu der Abreise des italienischen Gesandten in Wien, der zur Berichterstattung nach Rom befohlen wurde, äußerten die in Wien weilenden Tiroler Abgeordneten u. a., angelehnt an die Sympathiebeweise aus den verschiedenen Ländern hätten sie wohl das Recht, die Südtiroler Frage als eine Frage des Weltgewissens zu bezeichnen. Die österreichische Regierung werde sich bis zur Rede Mussolinis jeder Stellungnahme enthalten. Niemand denke an die Herausgabe des deutschen Südtirols, aber das Recht, überall für eine menschenwürdige Behandlung der deutschen Minderheit in Europa einzutreten, werde man sich nicht nehmen lassen.

Die gesamte holländische Presse behandelt die Drohungen Mussolinis. Alle Zeitungen stellen sich einmütig auf die Seite der unterdrückten Südtiroler. So schreibt das Handelsblatt u. a.: Die Verhandlung von Südtirol bleibt ein ernstes Fehlen der italienischen Politik. Ob nun in Wien ein italienischer Gesandter sitzt oder nicht, die Annexion ist in seinem Besen deutschen Südtirols war ein Unrecht. Die in Italien herrschende Wut gegen Dr. Seipel ist die Wut des schlechten Gewissens.

In der italienischen Presse dauert die Polemik gegen Österreich zwar noch an, aber sie verliert an Schärfe. „Messagero“ sucht Dr. Seipel verantwortlich zu machen für alle antiitalienischen Kundgebungen in Österreich und der ganzen Welt. Besonders seien die Kundgebungen zugunsten Südtirols in Amerika unangenehm. (1)

Die Arbeitslosigkeit in Amerika. Der amerikanische Arbeiterverband gibt an, daß Ende Januar in 23 Großstädten ein Sechstel der organisierten Arbeiter arbeitslos gewesen sei. Für Cleveland beträgt die Ziffer ein Drittel, für New York ein Viertel.

Badisches Landestheater

Die Meisterfinger von Nürnberg

Aber die jetzigen Aufführungen von Wagners einzigem Lustspiel am badischen Landestheater erübrigen sich viele Worte. Fragen der Einzelbesetzung sind nicht nur wiederholt erörtert worden, man hat in den letzten Jahren auch gerne anerkannt, daß gerade dies Wagnerwerk hier eine besonders liebevolle Wiedergabe erfährt. Abermals bestätigte die gestrige sonntägliche Vorstellung diese Meinung, es braucht daher eigentlich kaum Neues gesagt zu werden. Dennoch genügt es nicht, nur das erfreulich gute Niveau der Gesamtdarbietung hervorzuheben, man ist verpflichtet, festzustellen, daß von Aufführung zu Aufführung sich das Werk gleichsam in seinen Klangfarben verjüngt und scheinbar noch weiter aufsteigt. Karlsruhe steht heute mit solcher Meisterfingerpfege an einer sehr weit vorgeschobenen Etappe, ja an einem Punkt, den hinsichtlich solcher Nachsicherung auf reproduktivem Gebiet zu erreichen gegenwärtig in deutschen Opernhäusern höchst selten ist. Wenn man die Aufführung fast als eine Idealvorstellung anspricht, so gilt das hauptsächlich von der orchestraalen Leistung, mittels der Generalmusikdirektor **Ferdinand Krips** nunmehr als Dirigent der ersten Qualitäten und des feinen Geschnitts das Besondere des Lustspielstiles wunderbar trifft und mit leichter Hand auch den letzten staubigen Rest von dieser oder jener Stelle zu beseitigen versteht. Es gilt nicht minder von sämtlichen Solisten, unter denen vor allem **Franz Schusters** Hans Sachs gesanglich wie spielerisch allmählich sich zu einer Meisterleistung rundet. Daneben wächst aber auch **Karlheinz Löser** z. B. zusehends in der Rolle des Bedmeßer, weil er die Grenze von Humor und Groteske sorglich zu respektieren weiß. Erstmalig begegneten mir **Emmy Seiberlich** als Eva und **Karl Laufföter** als David, zwei Figuren, denen ebenfalls recht viel dramatisch glaubhaftes Menschendasein innewohnt. In der altdeutschen Resonanz ließ allerdings die Sopranistin da und dort noch die notwendige Tragfähigkeit der Stimme vermissen, umso mehr erwies sich unter neuer Tenorbuffo als ein feiner, Spielgewandter Sänger. Aber die Vertreter der anderen Rollen kann man sich kurz fassen; sie gehören in diesen Partien zu den längst anerkannten und allzeit verlässlichen Mitgliedern des Instituts, namhafte Hervorhebung verdient nur **Theo Straß**, der seinen Walter von Stolzing gestern ganz prächtig zur Geltung brachte und sich sieghaft gegen alle Orchesterorgane behauptete. Alle Mitwirkenden, schon nach dem ersten und zweiten Akt lebhaft gerufen, wurden am Schluß feierlich gefeiert. Der Erfolg wäre freilich erst dann wünschenswert, wenn wir auch endlich eine wünschenswerte, seit Jahrzehnten fällige Reinszenierung des Werkes besäßen.

S. Sed.

Stadtverordnetenwahlen in Braunschweig

Am Sonntag fanden im Freistaat Braunschweig die Stadtverordneten-, Gemeinde- und Kreisstadtwahlen statt.

Die Stadtverordnetenwahlen von Braunschweig ergaben ein folgendes Ergebnis: Sozialdemokraten 44 788 Stimmen, 19 Sitze (1925: 29 951 Stimmen, 13 Sitze), Kommunisten 4824, 1 Sitz (6079, 2 Sitze), Demokraten 2551 Stimmen, 1 Sitz (2689, 1 Sitz), Nationalsozialisten 3514 Stimmen, 1 Sitz (289, 0 Sitz), Aufwertungs- und Aufbaupartei 601 Stimmen, 0 Sitz, Volksrechtspartei 2412, 1 Sitz (846, 0 Sitz), Bürgerliche Einheitsliste 27 267 Stimmen, 12 Sitze (1925: Wirtschaftliche Einheitsliste 14 557 Stimmen, 6 Sitze; dazu gehört noch die nationale Einheitsliste mit 27 969 Stimmen, 12 Sitze).

Walsenbittel: Sozialdemokraten 7 (4), Wirtschaftsverband 8, Mittelstandliste 1, Kommunisten 1 (2), Nationalsozialisten 1 (0), Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft 5 (10).

Hannover: am Harz: Soz. 6 (4), Komm. 0 (1), Demokraten 1 (0), Bürg. Arbeitsgemeinschaft 5 (5), Wirtschaftsverband 8 (4). (Außerdem ist hier ein Vertreter des Rentnerbundes.)

Delmstedt: Soz. 8 (6), Ver. bürgerl. Parteien 6 (6), L.-Komm. 0 (0), Zentr. 0 (Zentr. und Dem. 1). Eine rechtsstehende Einheitsliste (3), Beamten und Angestellten 1 (0), Jungbürger 0 (1). (Außerdem ist hier ein Vertreter des Invalidenbundes.)

In **Wob. Hargburg** wird die Stadtverordnetenversammlung unverändert bleiben mit 8 Soz. und 12 Bürgerlichen. **Schwüningen:** Voraussichtliche Sitzverteilung: Soz. 8 (6), Komm. 1 (1), Dem. 1 (1), Bürg. Einheitsliste 1 (7).

Gemeinderatswahlen in Saargau

W.F. Metz, 27. Febr. (Tel.) In der elsässischen Stadtgemeinde Saargau bei Straßburg fanden am gestrigen Sonntag die Gemeinderatswahlen statt. Diese waren erforderlich geworden, weil der Gemeinderat auf Grund einer Verordnung der Regierung aufgelöst worden war. Der bisherige Bürgermeister **Weiß** hatte bei wiederholten Gelegenheiten die Forderung in den Stadtkarben aufzuheben lassen, statt der Forderung in den Farben der französischen Republik. Von 3488 Wählern wurden 3211 Stimmen abgegeben. Von der Liste **Weiß** wurden gewählt 17 Kandidaten. 10 Nachwahlen sind erforderlich. Die beiden anderen Listen (Koalition der Sozialdemokraten, Demokraten, Radikalsocialisten, sowie rechter Flügel der elsässischen Volkspartei und die Liste der Kommunisten) haben bisher keinen Sitz erhalten.

Politische Neuigkeiten

Der afghanische Königsbesuch

Sonntag vormittag stattete König Amanullah Putscham einen Besuch ab und besichtigte eingehend die Räume des Schlosses Sanssouci, die Orangerie und das Neue Palais.

In der afghanischen Gesandtschaft in Berlin fand am Samstag ein Festessen statt, zu dem das afghanische Herrscherpaar eingeladen hatte. Das Palais des Gesandten war festlich illuminiert und die Räume durch reiches Blumen Schmuck geziert. An der Tafel nahmen der Reichspräsident, der Doyen des diplomatischen Korps, **Kunius Racelli**, der Stellvertreter des Reichsstaatssekretärs, **Hergt**, die Reichsminister **Curtius**, **Gröner**, von **Kuendell**, ferner die Staatssekretäre von **Schubert**, **Dr. Weigner** und der Chef des Protokolls, **Gefandter Kister**, sowie das Gesolge und die Ehrenbegleitung des Königs paares teil. An das Essen schloß sich ein großer Empfang, zu dem etwa 200 Personen geladen waren.

16,7 Millionen Mitglieder der Arbeitslosenversicherung

Nach einer Berechnung der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung über den Personenkreis der Arbeitslosenversicherung waren Ende Oktober 1927 bei den reichsgerichtlichen Krankenkassen, den Knappschaftskrankenkassen und den Erbschaften insgesamt 20,8 Millionen Personen gegen Krankheit versichert. Von diesen waren rund 18,3 Millionen versicherungspflichtig, und 2,5 Millionen versicherungsberechtigt. Von den Pflichtversicherten waren 2 Mill., nämlich in der Hauptsache Arbeiter in der Land- und Forstwirtschaft, ausländische landwirtschaftliche Wanderarbeiter und Lehrlinge von der Beitragspflicht zur Arbeitslosenversicherung befreit. Nach Abzug dieser befreiten Personen verbleiben 16,2 Millionen krankenversicherungspflichtige Personen, die zugleich arbeitslosenversicherungspflichtig waren. Dazu kommen noch etwa 600 000 krankenversicherungsfreie Angestellte, die zum Teil arbeitslosenversicherungspflichtig sind, zu dem Teil sich freiwillig gegen Arbeitslosigkeit weiter versichert haben.

Die Strafanträge im Varnatprozess

Außer den bereits gemeldeten Strafanträgen (5 Jahre Gefängnis und 450 000 M. Geldstrafe) hat der Oberstaatsanwalt gegen **Julius Varnat** auch die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf die Dauer von fünf Jahren mit der Begründung beantragt, daß der Angeklagte vor dem Mittel der Bestechung hoher und höchster Beamter nicht zurückgeschreckt sei. Weiter beantragte der Oberstaatsanwalt gegen den Angeklagten **Henry Varnat** eine Gesamtstrafe von zwei Jahren sechs Monaten Gefängnis und Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte für drei Jahre und gegen den Angeklagten **Kleiste**, den Geschäftsführer der **Amegima**, eine Gesamtstrafe von neun Monaten Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe. Die Untersuchungsphase soll in beiden Fällen angerechnet werden.

Gegen den Angeklagten **Finanzrat Hellwig** von der Staatsbank wurden wegen fortgesetzter Untreue zum Nachteil der Staatsbank mit passiver schwerer Bestechung zwei Jahre Gefängnis und Aberkennung der Fähigkeit zur Verrichtung öffentlicher Ämter für fünf Jahre beantragt. Gegen den Reichstagsabg. **Wenge-Ogermann** beantragte der Oberstaatsanwalt wegen Betruges zum Nachteil des Reichspostministeriums und der Preussischen Staatsbank ein Jahr Gefängnis und 30 000 M. Geldstrafe, wobei er hinzufügte, es komme hier in Betracht, daß der Angeklagte die hohe und verantwortungsvolle Stellung eines Abgeordneten in schwerster Weise mißbraucht habe.

Nachdem der Oberstaatsanwalt noch die Strafanträge für die minder bedeutenden Angeklagten gestellt hatte, bat er zum Schluß mit Rücksicht auf die Höhe der Strafen gegen die Angeklagten **Julius** und **Henry Varnat** sowie gegen den Angeklagten **Hellwig** die bestehenden Haftbefehle aufrechtzuerhalten und sie unter Freigabe der gestellten Sicherheiten erneut zu vollstrecken. Dann wurde die Sitzung am Montag verlagert.

Einigung im Lohnstreit der Holzindustrie. Die Nachverhandlungen die zur Beilegung des Tarifstreites in der deutschen Holzindustrie im Reichsarbeitsministerium in Berlin stattfanden, haben zu einer Verständigung zwischen den Parteien geführt.

Der neugegründete Reichsverband der Beamten und Angestellten der öffentlichen Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung trat in Berlin am Sonntag zu seiner ersten Versammlung zusammen. Einmütig wählte **Dr. Derich** vom Reichsversicherungsamt hielt einen Vortrag über die Arbeitslosenversicherung im System des sozialen Rechtes. Anschließend sprach der Bundesdirektor des Reichsbundes der Kommunalbeamten, **Stadt rat a. D. Ehrmann** über die Aufgaben des neuen Verbandes. Der neue Reichsverband ist gebildet aus den zur Reichsanstalt für die Arbeitsvermittlung übergetretenen und übertretenen Beamten und Angestellten, aus dem Reichsbund der Kommunalbeamten und Angestellten Deutschlands, dem Zentralverband der Beamten und Angestellten, der preussischen Provinzialverwaltung und dem Verband der Beamten der höheren Reichsbehörden.

Zwischenfall bei einer Stahlhelmsübung. Bei einem Umzug, den der Stahlhelm in Köpenick bei Berlin im Anschluß an eine Fahnenweihe veranstaltete, kam es am Sonntag mit linksgerichteten Zuschauern zu einem schweren Zusammenstoß. Die Polizei mußte die kämpfenden Parteien mit dem Gummistock auseinanderreiben. Mehrere Personen trugen Verletzungen davon. Etwa 20 Personen aus dem Publikum und zwei Stahlhelmlenke wurden festgenommen und der politischen Abteilung des Berliner Polizeipräsidenten zugeführt.

Einseitige Verfügung gegen die Ford Motor Company. Auf Antrag des Reichsverbandes der Automobilindustrie E. K. Berlin, gegen die Ford Motor Company A.-G. Berlin, wurde vom Landgericht Berlin eine einseitige Verfügung erlassen, in der der Antragstellerin die Geld- oder Haftstrafe untersagt wird, in öffentlichen Bekanntmachungen oder Veröffentlichungen, selbst oder durch Agenten, zu behaupten, daß neue Fordwagen entsprechen den gesetzlichen Vorschriften in Deutschland hinsichtlich der Bremsenrichtung, oder der Fordwagen sei einwandfrei zulässig, auch bereits in Berlin zugelassen worden.

Eine rheinische Bauerndemonstration. In Koblenz wurde am Samstag eine große Kundgebung der Bauern und Winzer des Rheinlandes veranstaltet. Mit Sonderzügen waren über 10 000 Teilnehmer eingetroffen. Der Oberpräsident der Rheinprovinz, die Regierungspräsidenten und Landräte, sowie Abgeordnete des Reichstages, des Landtages und des Provinziallandtages wohnten der Veranstaltung bei. Die Tagung spielte in einem Hofraum, in dem es heißt: Der Kleinbauer steht vor dem Nichts. Die Winzer und Bauern rufen heute ihre Rot laut hinaus in die Öffentlichkeit. Die Verzweiflung ist aufs höchste gestiegen. Nicht des Staates und des gesamten Volkes ist es, diesem unerträglichen Zustand ein Ende zu machen.

Bergmann des Konkursverbrechens beschuldigt. Die Untersuchung in der Bombardiersaffäre Bergmann hat — wie aus Berlin gemeldet wird — dazu geführt, daß gegen Bergmann nicht nur das Verfahren wegen Betruges, sondern auch wegen Konkursverbrechens eröffnet wurde, das darin besteht, daß Bergmann in der letzten Zeit, als sein geschäftlicher Zusammenbruch bereits drohte, einen großen Aufwand getrieben hat. Wie Staatsanwalt **Jakob** mitteilt, kommt möglicherweise auch **Veilich** zum Konkursverbrechen in Frage.

Abfindung von Unfallrenten. In der Nr. 4 des Reichsgesetzblattes ist unter dem 10. Febr. eine Verordnung über die Abfindung von Unfallrenten erlassen. Die Verordnung ermächtigt die Träger der Unfallversicherung, Verletzte zwecks Erwerbs von Grundbesitz oder zur wirtschaftlichen Stärkung ihres bereits vorhandenen Grundbesitzes durch Kapital abzugeben. Anträge sind an die Berufsgenossenschaft oder an die Ausführungsbehörde zu richten, von der der Verletzte seine Rente erhält. Hinterbliebenenrenten sind zur Abfindung noch nicht zugelassen.

Die Exekutive der sozialistischen Arbeiter-Internationale trat am Samstag in Zürich unter dem Vorsitz von **Arthur Henderson**, Großbritannien, zu einer zweitägigen Sitzung zusammen. Sie beschäftigte sich mit der Vorbereitung des Internationalen Kongresses in Brüssel, der am 5. August dort zusammenzutreten wird. Die Hauptpunkte umfassen namentlich den Militarismus, die Abrüstung und das Kolonialproblem. Zur Stärkung des **Waterloofonds** für die Arbeiterbewegung in Ländern ohne Demokratie beschloß die Exekutive die Herausgabe einer **Waterlookarte** für den 1. Mai, deren Ertrag zur Stärkung des Fonds dienen soll.

Kurze Nachrichten

Beilegung des Großadmirals von Köster. Samstag Nachmittag fand in Kiel unter starker Anteilnahme der Bevölkerung die feierliche Beilegung des am Dienstag verstorbenen Großadmirals **Hans von Köster** statt. Reichswehramtlicher **Gröner** und der Chef der Marineleitung, **Admiral Jenter**, die an der Teilnahme verhindert waren; hatten sich durch den Chef der Marineleitung, **Vizeadmiral Dr. Köber**, vertreten lassen.

Reichstagsabgeordneter Stollberg †. In Magdeburg ist der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete **Stollberg** gestorben.

Im Verwaltungsrat der Reichspost wurde am Samstag mitgeteilt, daß an eine Gebührenermäßigung nicht zu denken sei.

Industrie und Landwirtschaft. Zur Zeit ist das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie in Berlin verammelt, um über die Hilfsmittelmaßnahmen für die Landwirtschaft zu beraten. Nach Blättermeldungen wird angenommen, daß sich die Industrie für weitgehende öffentliche Unterstützung der Landwirtschaft aussprechen werde. Ob die Industrie auch von sich aus der Landwirtschaft beizugehen werde, steht noch nicht fest.

Werkzeugmachereistreik in Berlin. Der von den Berliner Werkzeugmachern infolge Scheiterns der Lohnverhandlungen beschlossene Streik hat heute, Montag früh bei einer Reihe Berliner Metallfirmen begonnen. Insgesamt streiken zur Zeit 1000 Werkzeugmacher. Die Bedeutung der Bewegung liegt in der Tatsache, daß bei einem Ausbruch des Streikes die betroffenen Fabriken ihre Arbeiten einstellen und ungefähr 70 000 Arbeiter entlassen müssen, weil die Arbeiten nicht weiter fortgeführt werden können.

Zur Koalitionskrise in Bayern wird mitgeteilt: Für den Fall, daß die parlamentarische Behandlung der **Revolutionsvorlage** im bayerischen Landtag mit einer Niederlage der Regierung durch die Nichtannahme des Gesetzes enden sollte, hält man in unternichteten Kreisen die Bildung eines **Geschäftsministeriums** für wahrscheinlich, da eine neue Koalition vor den in diesem Jahre noch stattfindenden Neuwahlen kaum zustande kommen dürfte.

Das **Rosfelder Petroleumabkommen** ist in London ratifiziert worden.

Der **Cablefilm**. Die Aufführung des Cablefilms in der Alberthall zu London wurde von dem Londoner Graffschaftsrat verboten. Dazu erklärte der Direktor der Alberthall, daß er die Entscheidung zwar sehr bedauere, daß er sich aber der Anordnung fügen werde.

Badischer Teil

Hertzliche Betrachtungen über die Taubstummheit in Baden

Von Universitätsprofessor Geh. Hofrat Dr. W. Kimmel, Heidelberg

Das Land Baden hat das Unglück, von allen deutschen Ländern im Verhältnis zu seiner Einwohnerzahl die größte Zahl von Taubstummen zu besitzen. Die bei der letzten Volkszählung gewonnenen Zahlen sind allerdings noch nicht veröffentlicht, aber im Jahre 1900 kamen im Reiche durchschnittlich auf 100 000 Einwohner 88 Taubstumme, in Baden aber 150. Woran liegt das?

Die Taubstummheit kann die Folge angeborener, oder frühzeitig erworbener Taubheit, oder auch nur sehr hochgradiger Schwerhörigkeit sein. Ist der Zustand angeboren, so entwickelt sich die Sprache überhaupt nicht, ebenso, wenn die Gehörsehädigung erst nach der Geburt, aber vor dem 3. Lebensjahre auftritt. Tritt sie zwischen dem 3. und 7. Jahre auf, so wird meistens die bereits erlernte Sprache ganz oder teilweise verlorengehen. In allen diesen Fällen ist der eigentliche Taubstummheitsunterricht unentbehrlich. Oft ist es sehr schwer, festzustellen, ob eine Taubheit angeboren oder in früher Kindheit erworben ist. Für die Frage der Erziehung ist das so von keiner großen Bedeutung, wohl aber für die Frage, wie die Gehörsehädigung zustande gekommen ist.

Betrachten wir zunächst die sicher angeborenen Gehörstörungen. Diese können entweder durch Vererbung einer krankhaften Anlage von seiten der Eltern oder durch Schädigungen während der Entwicklung vor der Geburt erfolgen. Auch durch Schädigungen bei der Geburt kann, wie das neuerdings zuverlässig nachgewiesen ist, auch ohne äußerlich sichtbare Verletzungen des Kindes, eine schwere, zur Taubheit führende Zerstörung des Gehörorgans erfolgen.

Die Vererbung der Taubstummheit spielt eine besonders große Rolle in gewissen Gegenden, die vom großen Vererb etwas abseits liegen.

Von solchen Herden der vererbten Taubheit haben wir in Baden mehrere, besonders im Tal der Kinzig und der Murg. Außerdem kommt aber noch in Baden eine andere Art der angeborenen Taubheit vor, bei der aber gewöhnlich die allgemeine geistige und körperliche Minderwertigkeit, sog. Kretinismus, im Vordergrund steht: die beim endemischen, d. h. in einem beschränkten Gebiet reichlich verbreiteten Kropf.

Die hauptsächlichste Ursache für die erworbene Form der Taubheit, die Hirnhautentzündung (Meningitis), scheint gleichfalls an zwei Stellen in Baden nicht aufhören zu wollen. Das ist einmal die Rheinebene zwischen der Bergstraße, Schwabingen und Kaffatt, andererseits der Taubergrund. Durch Meningitis waren von den nicht taubgeborenen Jünglingen der Anstalten, die ich bis 1922 untersucht habe, taub geworden 44,3 Proz. Die demnach häufige Ursache von erworbener Taubheit, der Scharlach, kam dagegen nur in 9,3 Proz. in Betracht.

Dann darf aber eine andere Ursache, der Taubheit nicht mit Schwere übergegangen werden: die erbliche Syphilis. Wir haben leider unter den von mir untersuchten Jünglingen der Taubstummenanstalten bei nicht weniger als 16 Proz. das Vorhandensein angeborener Syphilis, z. T. ohne jedes andere Symptom dieser Erkrankung, außer der Taubheit, feststellen müssen, und müssen dabei noch bedenken, daß gerade die angeborene Syphilis nicht immer sicher nachweisbar ist. Gerade bei der durch diese Erkrankung erzeugten Taubheit diebt es oft sehr unsicher, ob sie angeboren oder erworben ist. Jedenfalls muß man aber die angeborene Form dieser Art unbedingt von dem eigentlichen erworbenen Gebrechen trennen, dessen Anlage sich eben vererbt, einleitet, ob die Eltern selbst das Gebrechen zeigen oder nicht.

Die Mitwirkung des Arztes im Taubstummenwesen beschränkt sich aber nicht allein auf die Ermittlung der Ursache für die Taubstummheit und auf das Bestreben, sie zu verhüten; vielmehr hat er auch an den Jünglingen der Anstalten neben der allgemeinen ärztlichen Überwachung noch mancherlei Aufgaben zu erfüllen. So sind die zahlreichen Fälle von fortbestehender Ohreiterung zu behandeln und die Hörreste zu erhalten, die manchmal noch da sind, und die für den Betroffenen, so gering sie sein mögen, doch von großem Werte sind. Ferner ist festzustellen, in welchen Fällen die Erlernung der Sprache durch körperliche Störungen erschwert wird, die beseitigt werden können. Auch sonst hat der Arzt gerade bei den Jünglingen der Taubstummenanstalten manche besondere Aufgabe. Er wird in Fällen, in denen, wie so oft, mit der Taubheit andere Erkrankungen des Verdauungssystems verbunden sind, diese zu bekämpfen suchen müssen; er wird dafür sorgen müssen, daß dem Kind sein Gesichtsfeld nicht geschädigt wird, daß ihm ja das fehlende Gehör zum größten Teil ersetzen muß. So wird der Arzt mit dem Lehrer Hand in Hand gehen müssen; und daß dafür im Lande Baden gut gesorgt ist, darf wohl als etwas Erfreuliches bezeichnet werden.

(Vorwiegend Verdienste auf dem Gebiet der Taubstummenfürsorge hat sich der Verein für badische Taubstumme E. V. erworben. Für das von diesem Verein im November 1927 neugegründete Heim Bruggthalen in Redargemünd, in welchem Lehrverfahren für taubstumme Lehrlinge und ein Altersheim für erworbungsunfähige Taubstumme untergebracht sind, findet am Sonntag, den 25. März in ganz Baden eine Straßensammlung und in der folgenden Woche eine Hausammlung statt. Diese Sammlungen werden, wie wir hoffen, die weitgehendste Förderung und Unterstützung aller Bevölkerungsteile in Baden finden. D. Red.)

Die Oberpostdirektion Konstanz

Aus der Denkschrift über die Verminderung der Zahl der Oberpostdirektionen, die das Reichspostministerium zunächst dem Verwaltungsrat der Reichspost unterbreitet hat, gibt der demokratische Zeitungsdienst jetzt einige Einzelheiten bekannt. Danach ist in Aussicht genommen worden, im ganzen 14 Oberpostdirektionen aufzuheben und zwar Trier, Aachen, Gumbinnen, Köslin, Landshut, Münster i. W., Minden, i. W., Würzburg, Konstanz, Braunschweig, Oldenburg, Liegnitz, Kiel und Darmstadt.

Preußen würde somit 8 von 24, Bayern 2 von 8 und Baden eine von seinen beiden Oberpostdirektionen verlieren; die Länder Hessen, Braunschweig und Oldenburg würden nach der beabsichtigten Reform keine Oberpostdirektion mehr besitzen. Die Reichspostverwaltung nimmt an, daß durch die geplante Aufhebung außer den 14 Präsidenten etwa 700-800 Kräfte gespart würden. Die Gesamtersparnis wird auf 1,5 Millionen Reichsmark veranschlagt.

Deutsche Friedensgesellschaft

Am 11. März 1928 findet in Freiburg i. Br. eine öffentliche Feier zu Ehren der beiden Träger des Friedensnobelpreises, Prof. Buisson, Frankreich, und Prof. Duibo, Deutschland, statt. Die Feier wird vom badischen Landesverband der Deutschen Friedensgesellschaft veranstaltet und wird in den von der Stadt Freiburg zur Verfügung gestellten Räumen des Freiburger Stadttheaters abgehalten. Ihre Teilnahme daran haben bis jetzt zugesagt: das Auswärtige Amt in Berlin, die Badische Staatsregierung in Karlsruhe und die Stadt Freiburg i. Br. Außerdem kommt eine ganze Anzahl bedeutender politischer Persönlichkeiten.

Bundeslagung des Kathol. Frauenbundes

Mit einer Festversammlung wurde am Donnerstag in Freiburg i. Br. die Badische Landeslagung des Kathol. Frauenbundes eröffnet. Der Abend, zu dem auch Erzbischof Dr. Carl Frey erschienen war, sollte, wie die ganze Tagung, unter dem Leitgedanken stehen: „Die modernen Kulturströmungen in ihrer Einwirkung auf die Familie“. Nach Begrüßungsworten von Frau Clara Siebert überbrachte Landeskommissar Schwärzer im Namen des Landes die Wünsche für die Tagung, während Bürgermeister Dr. Hofner im Namen der Stadt sprach. Nach Erhaltung des Tätigkeitsberichts ergriff die Bundesvorsitzende, Fräulein Dr. Gertraud Krabbel, Aachen, das Wort zu ihrem Vortrag über den vorgenannten Leitgedanken. Sie wies besonders auf die Not der Familien hin und bezeichnete es als die vornehmste Aufgabe, die Familie neu zu bauen. Erzbischof Dr. Carl Frey lenkte unsere Aufmerksamkeit mit ihrer Not und bezeichnete die Aufgabe der Mutter, die den Arbeitsvertrag des Mannes in ein behagliches Heim umzusetzen hat, indem sie ein frohes Heim schafft, die Kinder zu verstehen sucht, und sie heranbildet nicht nur zur Ehre der Familie, sondern als die Glieder des Volkes für Gott den Herrn. Erzbischof Dr. Frey dankte dem Kathol. Frauenbund und schloß die Versammlung mit dem bischöflichen Segen.

Südwestdeutsche Konferenz für innere Mission

Am letzten Mittwoch fand in Heidelberg im Holländer Hof die Sitzung der Vereinigten Ausschüsse der Südwestdeutschen Konferenz für die Innere Mission statt, zu der sich etwa 60 Vertreter aus den der Konferenz angeschlossenen Ländern — Baden, Württemberg, Hessen, Pommern, Ostpreußen und Schlesien — und Gäste eingefunden hatten. Im Mittelpunkt stand das von langjähriger praktischer Erfahrung zeugende, Referat von Stadtapostel Wierich, Stuttgart, über „Innere Mission und Arbeitsnachweis, Berufsberatung und Lehrstellenermittlung“, dem sich eine lebhafteste Aussprache anschloß. Aus den geschäftlichen Beratungen sei erwähnt, daß die Konferenz ihre diesjährige Sommerlagung am 10. Juni in Bad Nauheim abhalten will.

Kreistag der Arbeiterkamerader

Im „Salmen“ zu Karlsruhe fand am Sonntag der 4. Kreistag des Kreises 17 (Baden) des Arbeiterkameradenbundes Deutschlands statt. Die Konferenz war sehr gut besucht, vom Bundesvorstand der Bundesleiter Dunkel, Chemnitz, anwesend. Das Ministerium des Innern war durch Regierungsrat Dietrich vertreten. Kreisleiter Jachim, Mannheim, begrüßte die Tagungsteilnehmer, worauf der Vorsitzende von Karlsruhe den Willkommensruf entbot und dabei u. a. darauf hinwies, daß die Kamerader mit dem Milchvertrieb in die Fabriken einen großen Erfolg zu verzeichnen gehabt hätten. Dann erstattete der Kreisleiter den Bericht über das abgelaufene Geschäftsjahr und stellte ein durchaus befriedigendes Ergebnis fest. Der Kreis Baden zählt 14 Kolonnen mit rund 800 Mitgliedern. Das verfloßene Jahr brachte 7 Neugründungen. Es folgten die Berichte des technischen Kreisleiters Weigel und des Kassensführers Klaus. Im Mittelpunkt der Verhandlungen stand ein Vortrag des Bundesleiters über Samaritertent. Der alte Kreisvorstand wurde einstimmig wiedergewählt und zum nächstjährigen Tagungsort Forstheim bestimmt.

Das Hochwasser des Oberrheins

hat auf die Schifffahrt, wie nicht anders zu erwarten, ungünstig eingewirkt. Nun sich der Wasserstand wieder dem Normalstand nähert, sind die Wasserverhältnisse für die Rheinschifffahrt sehr günstig. Die Schiffe können bis nach dem Reher bzw. Straßburger Hafen mit voller Beladung fahren. Auf der Strecke Straßburg-Basel ruht jedoch die Schifffahrt, schon mit Rücksicht auf die harte Temperaturabnahme. Die Beschäftigung war daher in den letzten 1½ bis 2 Wochen schwach, doch sind Zeichen für eine Besserung unverkennbar.

Die Deutsche Skimeistererschaft auf dem Feldberg

W. B. Freiburg, 26. Febr. Nachdem am Samstagabend die Teilnehmer an den Veranstaltungen um die Deutsche Skimeistererschaft, die im Weltkrieg gefallenen Mittelalter des Skiclubs Schwarzwald durch eine kurze Feier am Gefallenendenmal mit Jodelzug geehrt hatten, und nachdem am gleichen Abend der Deutsche Skiverband im Feldberggasthof die Teilnehmer offiziell begrüßt hatte, wobei auch Reichsfinanzminister Dr. Brügel zugegen war, wurde heute vormittag auf der Murg-Schanze der große Sprunglauf zur Austragung gebracht. Sieger im Sprunglauf wurde der Norweger Vinjarengen, der die Note 19,201 erhielt für Sprungweiten mit 45 und 47,5 Meter. Zweiter wurde der Norweger Snerud mit der Note 18,542 mit Sprungweiten von 44 und 47 Metern. Dritter wurde der Finne Aunisto, 4. der Norweger Kotterud und 5. der Norweger Solmen. Den 6. Platz belegte der Schweizer Kaufmann, den 7., 8. und 9. sicherten sich gleichfalls die Schweizer. Der erste deutsche Springer steht an 10. Stelle, es ist der Thüringer Jenken, während der Bayer Karl Reuner 12., der Sachse Glas 13. wurde. Meister von Deutschland im Skilauf 1928 ist damit der Norweger Vinjarengen geworden, der vom Deutschen Skiverband das Goldene Skis erhielt, ferner den Preis der Reichsregierung für den Deutschen Meister. Den Preis der badischen Regierung erhielt der Finne Aunisto als Sieger im kombinierten Lauf. Den Preis der Stadt Freiburg erhielt als Sieger im Langlauf der Seniorenklasse gleichfalls der Norweger Vinjarengen. Dinkelacker, Schwaben, erhielt den Preis der Ortsgruppe Mannheim im Skilauf. Schwarzwald für den Sieger im Langlauf Altersklasse 3. Bei den Sprüngen außer Konkurrenz stellte der Norweger Snerud mit 51,5 Meter einen Rekord auf. Den zweitbesten Sprung außer Konkurrenz sprang der Schweizer Kaufmann mit 50½ Meter.

Tagungen

Der Badische land- und forstwirtschaftliche Arbeitgeberverband hält am Mittwoch, den 29. Febr., vormittags 10.30 Uhr im Gartenhof des Restaurants Moninger in Karlsruhe eine ordentliche Mitgliederversammlung ab. Außer den Regularien wird die Frage der Beschaffung der landwirtschaftlichen Arbeitskräfte für das Jahr 1928 zur Behandlung stehen. Landwirtschaftsrat Buh, Kaffatt, wird einen Vortrag halten über die Frage: „Wie und wo kann der Landwirt heute sparen?“

Zur Titelaufklärung. Die Vereinigung der Stadtpleger größerer württembergischer Städte hat die Beamtenorganisationen aufgefordert, sich gegen die in den letzten Jahren eingeriffenen Titelüberfälschungen und -aufblähungen, die die Beamtenerschaft allmählich zum Gespött zu machen drohen, zur Wehr zu setzen. Das höchste ist ja wohl, daß an Stelle der würdigen Titel: Hausdiener, Hausmeister, Hausverwalter jetzt der Titel „Assistent“ getreten ist. So heißt z. B. der frühere Kameralamtsdiener heute „Steuerbetriebsassistent“. In einem Assistenten sah man früher einen jungen Mann, einen Anfänger in mittlerem Beamtendienst, und heute haben wir einen ehrwürdigen alten Hausmeister als „Assistenten“ anzusprechen. Auch der Kamulus ist Betriebsassistent geworden.

Gemeinde-Rundschau

Der Herzogenerlepark in Mannheim. In den nächsten Tagen wird in Mannheim mit der Ausführung des Herzogenerleparcs, der zünftlich der Mittelpunkt des jenseits des Neckars aufstrebenden Stadtgebietes sein wird, begonnen werden. Der Gesamtaufwand beträgt 1,3 Millionen Reichsmark.

Eingemeindung Redarbischofsheim-Gelmhof. Über die Eingemeindungsfrage, die zwischen der Stadt Redarbischofsheim und Gelmhof (s. Weite), ist vom Ministerium der Beschäftigung gefaßt worden, daß für den Ortsteil Gelmhof eine besondere Rechnung und Steuerabgrenzung nicht mehr erfolgt, es muß ab 1. April 1928 die ganze Besteuerung für Redarbischofsheim erfolgen, weil sie die badische Gemeindeordnung vorschreibt. Die Maßnahme ist für Redarbischofsheim deshalb wichtig, weil die Gemeindesteuer des Gebäudelapitals in Gelmhof niedriger war als in der Hauptgemeinde Redarbischofsheim. Die Überführung der Gemeindeverwaltung Gelmhof in die Verwaltung von Redarbischofsheim ist um so leichter möglich, da Gelmhof kein eigenes Gemeindevermögen und keine eigene Gemartung hat. Ob für die Zukunft Gelmhof der Stadthalter beibehalten wird, ist fraglich. In allen Vereinbarungen müssen der Bürgerausschuß Redarbischofsheim und die Staatsaufsichtsbehörde gehört werden.

Aus dem Bürgerausschuß Dossenheim. Nachdem am 30. Dezember 1927 die Verpachtung des Gemeindeporphyrbrechs an die Firma Bitter Wirklichkeit wurde, waren die Voraussetzungen geschaffen, um auch mit der Firma Gebr. Kefrenz in Heidelberg in Unterhandlungen wegen der Verweisung von Bruchgelände eintreten zu können. Als Grundlage für die Verhandlungen dienten die Bestimmungen im Ratterfischen Vertrag. Diesem Umstand trat auch die Firma Gebr. Kefrenz Rechnung, so daß eine Einigung über den abzuschließenden Pachvertrag bald erreicht war. Demzufolge stimmte auch der Bürgerausschuß in seiner Sitzung nach kurzer Beratung einstimmig dem Pachvertrag zu. Im Schlußwort machte Bürgermeister Bühler zum Ausdruck, daß nun eine felt Jahren die Gemeindeverwaltung beschäftigende Frage ihren Abschluß gefunden habe und wie er hoffe, zum Wohle aller Beteiligten. Die Gemeinde treffe keine Schuld, wenn mit dem badischen Staat schließlich kein Pachverhältnis mehr zustande kam.

Ergebnislose Bürgermeisterwahl. Auch der zweite Wahlgang zur Bürgermeisterwahl in Hohenheim am Samstagabend ist ergebnislos verlaufen, da die Bürgervereine 33, Zentrum I 16, Sozialdemokraten 9 und Kommunisten 4 Stimmen für ihre Kandidaten abgaben. Zwei Drittel waren weiß. Zentrum II dürfte dieses Mal für die Bürgervereine gemittelt haben. Es ist ein dritter Wahlgang erforderlich.

Der neue Forstheimer Bürgermeister. Der Stadtrat Forstheim hat beim Bürgerausschuß beantragt, daß der neugewählte Bürgermeister Dr. Fritz Carlus vom Tage des Dienstantritts an ein Grundgehalt von jährlich 15 200 RM bezieht. Das Arbeitsgebiet des Bürgermeisters Dr. Carlus umfaßt u. a. die Leitung des Gemeindegerichts und Vereinigungsamts, die Stellvertretung des Vorstandes des Grundbuchamts, die Erstattung von Rechtsgutachten aus dem Gesamtbereich der Verwaltung, das Dezernat über Wohlfahrtspflege.

Der Bürgerausschuß Adern genehmigte den Verkauf eines Grundstücks zum Angebot von 18 750 RM. Zur Ausführung der Schweganlage an der Allerheiligenstraße wurde eine Kapitalaufnahme von 20 000 RM genehmigt, zu den Kosten der Straßenerweiterung Breitenbrunn—Rummelsee 8000 Reichsmark als Beitrag und für Deckung der Kosten der Automobilfeuerpolizei eine Darlehensaufnahme in Höhe von 15 000 RM.

Eine neue Feuerwehreinrichtung in Neustadt (Schwarzwald). Der Verwaltungsrat der Freiwilligen Feuerwehr beschäftigt sich mit der Frage der Anschaffung einer Feuerwehreinrichtung und Wiederkonstruktion. Er hat zwischen zwei Angeboten die Wahl, bei denen die eine Anlage lediglich aus einzelnen Bedern besteht, die in zwei Arten ausgeführt werden, während die von einer anderen Firma angebotene Anlage sich aus sieben Feuerwehreinrichtungen und 26 Mannwehren zusammensetzt. Die erste Anlage kostet 8500, die letzte 7500 RM.

Eine Ratschreiberversammlung des Bezirks Offenburg fand in Unterarmersbach am Sonntag statt. Nach einem Vortrag über Arbeitsvermittlung, den der Geschäftsführer des Arbeitsamts Offenburg hielt, wurde die Verlegung der Grundbücher zu den Amtsgerichten, wie diese angeregt worden ist, eingehend besprochen. Man vertrat die Auffassung, daß eine Verlegung der Grundbücher dem Staat keine Vorteile bringe, für die landwirtschaftliche Bevölkerung aber große Nachteile. Auch für die ordnungsmäßige Führung der Grundbücher selbst dürfte die Verlegung sich nicht günstig auswirken.

Zum 100 jährigen Todestag Tullas. Aus Anlaß des 100-jährigen Todestages Tullas wird einer der städtischen Volkshilfsbildungsvorträge in Kehl, und zwar der am 27. März, dem Andenken desselben gewidmet sein. Der Präsident der Wasser- und Straßenaubdirektion, Ministerialdirektor Dr. Fruch, wird einen Lichtbildvortrag halten über die Geschichte der Rheinregulierung.

Der Bürgerausschuß Sand (bei Kehl) hatte sich mit der Verbessehung der 1926er Gemeindevorrechnung und dem Vorschlag für 1927 zu befassen. Der Umfahrsbeitrag für die Vermögensverwaltung 80 RM, für Betriebsvermögen 32 RM von 100 RM Steuerwert. Beide Punkte wurden nach kurzer Aussprache genehmigt. Der Bürgerausschuß beauftragte den Gemeinderat, bei der vorgesetzten Behörde dahingehend vorstellig zu werden, daß der Gemeinde die Genehmigung erteilt wird, vier Diebstahlschläge des Gemeindevorbes auszurufen, um die von Jahr zu Jahr wachsenden Mehrausgaben einmal zu bedenken.

Der Umbau der Staatsstraße Speyer—Landau. Bereits in nächster Zeit soll mit einem für den Verkehr außerordentlich wichtigen Umbau der Staatsstraße Speyer—Landau begonnen werden. Das Projekt sieht die Schaffung einer Straße vor, die den Großteil der Dörfer umgibt und den gesamten Auto- und sonstigen Verkehr an diesem vorbeileitet. Insbesondere werden die Orte Nieder- und Oberhochstadt mit ihren verkehrshindernden scharfen Spitzkurven umgangen. Auf der über 30 Kilometer langen Strecke Speyer—Landau werden nur noch die Ortschaften Scheggenheim, Weingarten und Dammheim berührt und so wird einem schon lange besonders von der Autowelt gefegten Wunsch Rechnung getragen.

Von Altersheimen. Der Deutsche Städtetag hat in einem Rundschreiben an seine unmittelbaren Mitgliedsstädte über 50 000 Einwohner angeregt, bei der Aufstellung des Bauprogramms für 1928 die Errichtung von Altersheimen und den Ersatz von Wohnräumen und Unterküften für gefahrdigte Mieter, insbesondere für soziale, in weiterem Umfang als bisher in Erwägung zu ziehen. Gegen die Umwandlung von Hausjunktsteuerhypotheken für solche Bauten bestehen keine Bedenken, wenn der Nachweis geführt wird, daß tatsächlich alte Wohnräume durch ihre Errichtung freigebracht werden.

Rechtshilfeverband. Um das Rechtshilfe zur Aufnahme des Fremdenverkehrs in weitgehendem Umfange zu öffnen, ist die Gründung eines Rechtshilfeverbandes geplant, in dem alle Gemeinden des Reichslandes vertreten sein werden.

Aus der Landeshauptstadt

Ehrenbuch für die Karlsruher Gefallenen und Fliegeropfer. Die Listen sollen nunmehr abgeschlossen werden. Damit das Buch so lückenlos und fehlerfrei wie möglich wird, werden die Angehörigen und Bekannten der Gefallenen und Fliegeropfer gebeten, die Listen einzusehen. Namentlich von denen wird die Einsichtnahme erwartet, die sich für die erste Offenlegung nicht interessiert hatten. Wie wir erfahren haben, waren damals 1100 Personen erschienen; von der 2. Offenlegung haben bis jetzt schon über 500 Personen Gebrauch gemacht. Mancher Fehler konnte berichtigt, manche Lücke in den Personalien ergänzt werden. Auch eine Reihe von Neueinträgen Gefallener erfolgte, von denen die Angehörigen angenommen hatten, daß sie ganz bestimmt in die Listen aufgenommen seien. Alle die, die die Listen noch nicht einsahen, seien darauf aufmerksam gemacht, daß die Listen noch bis Ende Februar ausliegen beim städt. Statistischen Amt, Bahringergasse 88, werktäglich von 8-12 1/2 Uhr und von 14 1/2 bis 18 1/2 Uhr, Samstags von 8-13 Uhr. Auch schriftliche Anfragen sind zulässig.

Wieder ein Gaunerstreich im Postfachamt. Zum drittenmal innerhalb kurzer Zeit ist im Postfachamt ein Gaunerstreich gelungen. Einem 35jährigen Mann gelang es, der 19-jährigen Angestellten eines Geschäfts unter der falschen Voraussetzung, die Unterschrift auf dem Scheck stimmt nicht, den Betrag von 150 M abzunehmen.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Die Wetterlage ist im wesentlichen unverändert geblieben. Nur in den heutigen Morgenstunden kam es in der Rheinebene stellenweise zu starker Dunstbildung. Unter dem Einfluß des über Mitteleuropa noch immer ausgebreiteten Hochdruckes werden wir das heitere und trockene Wetter voraussichtlich noch behalten. **Wetterausichten für Dienstag:** Fortdauer des heiteren und trockenen Wetters mit Nachfrösten.

Kurze Nachrichten aus Baden

bbp, Heidelberg, 26. Febr. Gestern fand in der Aula der Universität die Disziplinarverhandlung wegen der bekannten Vorgänge im Restaurant „Zum Ritter“ statt. Den Vorsitz führte Rektor Prof. Dr. Dibelius, die Anklage vertrat Staatsanwalt Bender, Berichterstatter war Universitätsprofessor Dr. Engelhard. Die Hauptbeschuldigten sind die drei Studenten Grehmann, Gios und Nagtz. Sieben weitere Studenten waren lediglich passiv beteiligt. Die Verhandlungen nahmen mehrere Stunden in Anspruch, da zahlreiche Zeugen vernommen werden mußten. Es wird festgestellt, daß die Aufforderung zum Ausschließen des Bieres im Namen des Bausenators erteilt wurde. Der Staatsanwalt beantragte gegen Gios 2 Jahre, gegen die beiden anderen 1 Jahr Ausschluss aus der Universität, gegen die sieben anderen Androhung des Ausschlusses. Das Urteil lautete gegen Gios Ausschluss auf drei Jahre, gegen die beiden anderen Ausschluss auf zwei Jahre. Die übrigen wurden freigesprochen. In der Verhandlung wurde besonders die verwerfliche Gestaltung der Handlung getadelt.

Dr. Gebbesheim (Weinheim), 27. Febr. Am gestrigen Sonntag wurde unter großer Beteiligung der Bevölkerung von hier und Umgegend Oberlehrer a. D. Winter zu Grabe getragen. Es waren allein 17 Vereine mit Fahnen erschienen, die dem um das Vereinstwesen (insbesondere die Turnerei) hochverdienten Manne das letzte Geleit gaben. Der Verstorbene hat ein Alter von 76 Jahren erreicht. Er war 40 Jahre lang in unserer Gemeinde als Lehrer und Schulleiter tätig. Nach seiner Pensionierung vermalte er Winter noch zwei Jahre hindurch das Amt des Bürgermeisters von Gebbesheim.

Dr. Offenburg, 25. Febr. Heute früh starb im Alter von 63 Jahren der hochangesehene und auch außerhalb Offenburgs wohlbekannte Rechtsanwalt Leopold Weit. Er war Mitbegründer der Offenburger Handelsschule und lehrte hier in den Entwicklungsjahren dieser Anstalt ehrenhalber Handelsrecht. Weit war auch in einer Reihe von städtischen Kommissionen tätig. Seine Name wurde außerhalb Offenburgs auch durch ein Drama „Nichter“ bekannt, welches im Jahre 1908 am damaligen Hoftheater in Koburg eine erfolgreiche Uraufführung erlebte und dann über eine Reihe deutscher Bühnen ging.

Dr. Konstant, 24. Febr. Auf Grund einer Vereinbarung zwischen den Bodenseestaaten ist eine Änderung der Schiffsfahrts-Polizeivorschriften für den Bodensee vorgenommen worden, die für die Sicherheit des Reiseverkehrs von Bedeutung ist.

W.D. Ludwigshafen, 27. Febr. Vor dem Schöffengericht, das aus Raumschwierigkeiten im Landgericht Frankenthal tagt, begann heute der auf vier Wochen berechnete große Betrugsprozess zum Nachteil der Reunawerke und des Postfiskus gegen den Fabrikanten Wagner und 13 Mitangeklagte, Kaufleute, Beamte und Ingenieure. Wagner hat die Reunawerke durch Schwindelaktionen und Vorkaufverpflichtungen um mehrere hunderttausend Mark geschädigt, sowie Angehörige der Werke und Postbeamte bestochen.

Handel und Wirtschaft

Berliner Fevisennotierungen

	27. Febr.		24. Febr.	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.33	168.67	168.33	168.67
Kopenhagen 100 Kr.	112.12	112.34	112.16	112.38
Italien . . . 100 L.	22.16	22.20	22.165	22.205
London . . . 1 Pf.	20.41	20.45	20.416	20.456
New York . . . 1 D.	4.1840	4.1920	4.1840	4.1920
Paris . . . 100 Fr.	16.455	16.495	16.455	16.495
Schwiz . . . 100 Fr.	80.56	80.72	80.57	80.73
Wien 100 Schilling	58.95	58.907	58.96	59.08
Prag . . . 100 Kr.	12.399	12.419	12.399	12.419

Die Großhandelsindexziffer ist mit 187,9 gegenüber der Vorwoche (187,7) nahezu unverändert geblieben.

Generale Konserven in Sicht. Vor kurzem hat sich ein Fachnormenausschuss gebildet, der die Normung der Konservenbrennen durchzuführen will. Den Vorsitz hat Direktor Roth von der Gesamtvereinigung der Schwarz- und Weißfleischverarbeitenden Industrie übernommen. Vorschläge über die Abmessungen von Konservenbrennen für Gemüse, Gurken, Früchte und Fische sind bereits gemacht worden. Ebenso sollen für Dapernmilch und Fleischwaren bestimmte Dosenabmessungen durchgeführt werden. Man wird also in kurzem die oben bezeichneten Arten von Konserven nur noch in genormten Dosen herstellen und verkaufen können. Einen glänzenden Überblick über den Stand der Nahrungs- und Genussmittelindustrie, in der ja die Konservenindustrie einen wichtigen Bestandteil darstellt, wird die Frankfurter Frühjahrsmesse, 22.-25. April 1928, geben. Bekanntlich wird hier die Nahrungs- und Genussmittelgruppe unter offizieller Beteiligung des Auslandes (Frankreich, Italien, Holland) einen sehr großen Raum einnehmen.

Verschiedenes

Absturz eines deutschen Großflugzeugs

Auf dem Augsburg-Flugplatz ist Sonntag vormittag das von den Bayerischen Flugzeugwerken neuverbaute große Verkehrsflugzeug „B. F. U. Marie 20“ nach einem zuerst ungeklärten verlustreichen Probeflug aus noch unbekannter Ursache abgestürzt. Der einzige Insasse, Pilot der deutschen Luftfahrt, war sofort tot. Die Maschine wurde gänzlich zerstört. Das Flugzeug war mit einem zwölfzylindermotor der Bayerischen Motorenwerke München ausgerüstet, konnte zwei Führer mit 10 Passagieren und Gepäck befördern.

Ein viertes Opfer des Raubmörders Hein geboren

W.D. Ohligs, 27. Febr. (Tel.) Der bei dem Raubüberfall auf das Postamt in Ohligs am 21. Dezember v. J. von dem inzwischen verhafteten Raubmörder Hein durch einen Schuß in den Rücken schwerverletzte Postsekretär Karl Schmidt ist nun nach zweimonatigem Kranklager seinen Verletzungen erlegen. Damit erhöht sich die Zahl der Opfer Heins auf vier.

Ein Mittelamerikaflug der „Los Angeles“

W.D. Washington, 27. Febr. (Tel.) Nach einer amtlichen Verlautbarung des Marineministeriums hat das Marineflugzeug „Los Angeles“ heute in New Jersey seinen morgigen Flug nach der Guacanabon-Bai in Kuba verlassen, wo es an dem Ankerort des Flugzeugmutter-schiffes „Patoka“ festmachen wird. Wenn das Wetter es erlaubt, soll der Flug bis zur Panamafanalzone ausgedehnt werden. Dieser erste Flug eines Luftschiffes nach dem Panamakanal gilt sowohl als Übungsfahrt wie auch als Beweis für die Verwendung von Luftschiffen zu Handelszwecken.

Elfhundert Loopings in 200 Minuten
W.D. Paris, 26. Febr. Der französische Flieger Frontal hat gestern den Weltrekord im Loopingflug gebrochen. Er führte in 4 Stunden 56 Minuten 1111 Loopings aus. Der bisherige Rekord betrug 1098 Loopings.

Schneeverwehungen in Anatolien und Thrazien
W.D. Konstantinopel, 26. Febr. (Tel.) Seit zwei Tagen herrscht in Anatolien und Thrazien ununterbrochen heftiger Schneefall. In einigen Orten hat der Schnee eine Höhe von 2 m erreicht, und das Thermometer ist auf 20 Grad unter Null gesunken. Der Simplon-Expres und der Konventionalexpres sind in der Nähe von Tschataldja stehen geblieben. Ein Hilfszug ist abgefangen worden.

Chicagoer Postträger verhaftet
Br. Berlin, 27. Febr. (Tel.) Einem Telegramm der „B. Z.“ zufolge, ist es der Polizei in Chicago gelungen, die Bande aufzulösen und zu verhaften, die am Samstag einen Eisenbahnzug überfallen und den Postwagen ausgeplündert hatten.

Großfeuer in Baltimore
W.D. Baltimore, 27. Febr. (Tel.) In der Bowler Chemical Company brach Großfeuer aus. Da durch den Brand zahlreiche andere chemische Fabriken bedroht wurden, mußte die Feuerwehr zur Eindämmung des Brandherdes mehrere Gebäude mit Dynamit in die Luft sprengen.

Staatsanzeiger

Art. 18 224. Norm. XXII 4. **Bekanntmachung des Gesetzes zur Verwirklichung der Jugend vor Schund- und Schmuckschriften.**

An sämtliche Staats- und Gemeindebehörden.
Auf Grund des § 2 des Gesetzes zur Verwirklichung der Jugend vor Schund- und Schmuckschriften vom 18. Dezember 1926 (Reichsgesetzblatt I Seite 606), sind Prüfstellen in Berlin und München sowie eine Oberprüfstelle in Leipzig errichtet worden. Für Baden ist die Prüfstelle München zuständig. Die nach § 2 Absatz 3 des Gesetzes zu veröffentlichen amtlichen Listen der Schund- und Schmuckschriften werden im Reichsanzeiger, im Buchhändlerberufblatt, im Deutschen Fachblatt und im Badischen Gendarmerie-Verordnungsblatt abgedruckt. Es ist Pflicht sämtlicher Polizeibehörden, sich dauernd über diese Veröffentlichungen zu unterrichten, für die Durchführung der aus § 1 des Gesetzes sich ergebenden Beschränkungen zu sorgen und gegebenenfalls bei Zuwiderhandlungen gegen § 6 des Gesetzes das Erforderliche zu veranlassen. Der Justizminister hat die Staatsanwaltschaften beauftragt, in den Fällen, in denen wegen einer Schrift ein Strafverfahren auf Grund des § 184 Nr. 1 oder 2 oder des § 184a Reichsstrafgesetzbuch eingeleitet worden ist, nach Abschluß des Strafverfahrens, sofern nicht schon in diesem die Unbrauchbarmachung der Schrift gemäß § 41 Reichsstrafgesetzbuch angeordnet worden ist, die Akten dem Landespolizeiamt zur weiteren Prüfung der Schrift gemäß § 41 Reichsstrafgesetzbuch zu übermitteln. In diesen Fällen berichtet das Landespolizeiamt dem Minister des Innern, falls es die Einleitung eines Strafverfahrens auf Grund des § 2 des Gesetzes für erforderlich erachtet.

Ferner werden sämtliche Staats- und Gemeindebehörden noch besonders auf § 1 Absatz 2 des Gesetzes hingewiesen, wonach sie verpflichtet sind, darauf zu sorgen, daß in keiner ihrer Einrichtungen, namentlich in den Schul- und Jugendbüchereien, sowie in den Wärdereien von Krankenhäusern oder Jugendheimen und anderen öffentlichen Anstalten Kinder oder Jugendlichen Bücher oder Schriften zugänglich gemacht werden, die in die Liste der Schund- und Schmuckschriften aufgenommen sind. Zugleich im Namen der Minister der Justiz, des Kultus und Unterrichts und der Finanzen.
Karlsruhe, den 25. Februar 1928.
Der Minister des Innern
Reumeler

Personeller Teil

Ernennungen, Versetzungen, Zurücksetzungen usw. der planmäßigen Beamten
Aus dem Bereich des Ministeriums des Kultus und Unterrichts
Ernannt:
Oberaufseher Heinrich Stiesel am Landesmuseum hier zum Laboranten daselbst, Oberwachmeister Karl Sieberg an der Landesbibliothek zum Oberaufseher daselbst.

Öffentliche Sparkasse Balingen.

Bilanz per 31. Dezember 1927.

Vermögen.	Rh.	Schulden.	Rh.
Kassenbestand	1 964,04	Guthaben der Einleger:	
Guthaben bei Girozentrale und Postfiscamt	5 945,98	a) reine Spareinlagen	133 129,20
Darlehen auf Hypotheken	116 987,90	b) Giro- u. Kontoforrenteinlagen	28 719,71
Darlehen an Gemeinden	20 362,—	c) sonstige Einlagen	23 654,01
Darlehen in laufender Rechnung an Private	47 621,16	Anlehenskapitalien	29 232,65
Geschäften	31 387,—	Aufwertungs Spareinlagen	171 909,27
Darlehen auf Schuldschein	3 995,80	Miuldagen von früheren Jahren	5 973,10
Einnahmerückstände	1 204,15	Reingewinn vom Jahre 1927	3 952,27
Berücksichtigung	100 309,87		
Aufwertungsfordernngen	944,18		
Aufwertungsrückstände	65 848,13		
Aufwertungsabrechnungskonto (Vorläufiger Fehlbetrag)	396 570,21		
Sa.	396 570,21	Sa.	396 570,21

Berechnung der Rücklage:

Die gesetzliche Rücklage hat zu betragen:
8% aus 156 847,32 Rh Einlagen . . . 12 547,76 Rh
Sie beträgt auf Schluß des Jahres 1927 9 925,37 „
somit weniger . . . 2 622,39 Rh

Balingen, den 24. Februar 1928.

Der Vorsitzende des Verwaltungsrats:
König, Bürgermeister.

Der Geschäftsleiter:
Weißmann.

Druck G. Braun, Karlsruhe



Badisches Landestheater
Dienstag, 28. Februar 1928
• B 18 25. Gem. 301—400 und 501—600

Der Freischütz
von Weber
Musikalische Leitung:
Josef Krips
In Szene gesetzt von
Otto Strauß

Dittlar Rühr
Rino Löfer
Agathe Frau
Wenichen Wanz
Kaspar Dr. Bucherpenning
Max Witt
Samuel Brüter
Milan Laufstätter
Gremitt Vogel

Leig
Hermesdorff
Winter
Burgess
Bursch
Paulus
Oster
Fischbach
Münch

Gröbinger
Lindemann
Milan

Chöre: Georg Hofmann
Anfang 19 1/2, Ende 22 1/2
I. Rang und I. Sperrstich
7 St.
Mi. 29. Febr.: Erstes Gastspiel des Burgtheaters Wien: Sappho. Do. 1. März: Neu einstudiert: Der Waffenschmied

COLOSSEUM
Waldstraße 16
Telephon 5599
Täglich 8 Uhr
Sonntags 4 u. 8 Uhr

Die große REVUE
Das lebende Magazin

Nadolzell, M. 551
Handelsregister eintrag B
Band I O.-Z. 72 bei der
Firma Oskar Vogt Ges. m.
b. H. in Nadolzell: Änderung der Firma in „Anton Könniger Gesellschaft mit beschränkter Haftung“. Der bisherige Geschäftsführer Oskar Vogt ist aus

der Gesellschaft ausgeschieden und seine Vertretungsbefugnis erloschen; neuer Geschäftsführer: Werner Könniger, Wirt in Nadolzell (Beschluss der Gesellschaft vom 31. Dezember 1927).
Nadolzell, 6. Dez. 1927.
Bad. Amtsgericht.

Schopfheim, M. 559
Handelsregister eintrag A
O.-Z. 170: Firma Karl Kaiser, Kaufmann, Inhaber ist Karl Kaiser, Kaufmann in Kaufen. (Ausgegebenes Geschäftszweig: Gemischtwaren.)
Schopfheim, den 9. Februar 1928.
Bad. Amtsgericht.

Schwebingen, M. 558
Handelsregister eintrag
Abt. A:
Band I zu O.-Z. 100 —
Jakob Dorn junior Figarenfabrik in Hochenheim —
Band III zu O.-Z. 156 —
Leopold Gök in Schwetzingen —
Band III zu O.-Z. 73 —
Karl Rothader in Schwebingen —
jeweils: Die Firma ist erloschen.
Schwebingen, den 9. Februar 1928.
Bad. Amtsgericht. I.

Billingen, M. 586
Einträge zum Handelsregister.
1. Firma Rudolf Weiser in Billingen: Die Firma ist erloschen.
2. Firma Fritz Tornay, Spezialwägebau in Billingen. Inhaber: Fritz Tornay, Kaufmann in Billingen.
Billingen, 10. Febr. 1928.
Bad. Amtsgericht. I.

Billingen, M. 612
Eintrag zum Handelsregister.
O.-Z. 125: Firma F. Scheuble, Uhrenfabrik, Kommanditgesellschaft in Billingen. Die Gesellschaft hat am 15. Januar 1928 begonnen. Persönlich haftender Gesellschafter ist Titus Scheuble, Fabrikant in Billingen. Zwei Kommanditisten.
Billingen, 16. Febr. 1928.
Bad. Amtsgericht. I.

Bertheim, M. 569
Handelsregister eintrag
Abt. A O.-Z. 65, Firma
R. D. Gungler's Nachfolger in Bertheim: Die Firma ist geändert in Friedrich Frischmuth, Bertheim.
Bertheim, den 7. Februar 1928.
Amtsgericht.